

Hier liegt nun heute ein Bebauungsplan der sehr besonderen Art vor uns.

Vollkommen atypisch und ungewöhnlich für Oberursel.

Plötzlich möchte die Stadt tatsächlich eine Splittersiedlung verhindern, den Klimaschutz fördern, den Artenschutz sowieso?

Da reiben sich die Menschen erstaunt die Augen.

Wow! Man hat ein Biotopwertpunkteguthaben, wenn der Bplan umgesetzt wird!

Plus 693.223 BWP. Das ist ja fantastisch!

Was geht hier vor sich?

Wurde im Rathaus der Wert des Agrarbodens erkannt

oder gar endlich dem ausufernden Bauen an den Stadträndern und auf sonstigen Grünzügen endlich ein Riegel vorgeschoben?

Nein!

Natürlich nicht – das wäre ja zu schön gewesen. Das wäre zu einfach gewesen.

Hier wird das Baugesetzbuch ganz einfach lediglich dafür missbraucht, eine wie auch immer geartete Auseinandersetzung auszuleben.

Da hat ein Flächeneigentümer eine für Oberursel wirklich wichtige Idee einer eigenen regionalen Versorgung mit Holz-Hackschnitzeln und Biokompost aufzubauen, und wird bekämpft, bis die Verlängerungen der Veränderungssperren nicht mehr wirksam sind.

Die letzte Notbremse wird heute gezogen: Der Klima- und Naturschutz-Bebauungs-Plan. Wenn es nicht so traurig wäre, könnten wir darüber lachen.

Biomassehof – ich weiß nicht, wer sich hier was darunter vorstellt. Auf jeden Fall ist ein Biomassehof ein priorisiertes Projekt, das ein wichtiger Baustein für die Energieversorgung (und zwar der lokalen) sein soll.

Ein Oberurseler Biomassehof vor der Haustüre, aber dennoch weit weg genug, um die Bevölkerung vor Lärm und sonstigen Emissionen zu schützen, wäre ein wirklich sinnvolles Klimaschutzprojekt gewesen.

In Oberursel hält man stattdessen an Gasversorgung aus dubiosen Quellen (etwa aus Russland oder doch Fracking Gas aus USA?) fest, der Wärmeplan hält da einige Überraschungen parat.

Außerdem braucht die Stadt Oberursel wohl auch diese Gewerbesteuer nicht. Immerhin 200.000 € jährlich – aber anscheinend braucht man dies und auch die 10 Arbeitsplätze nicht. Mit diesem Geld könnte die Stadt drei Erzieherinnen einstellen.

Ergebnis des heutigen Bebauungsplan-Entwurfs: Es ist eine naturschutzfachliche Aufwertung von Agrarflächen geplant, allerdings mit einem sehr gravierenden Webfehler: Die Landwirte wurden nicht von vornherein mit einbezogen!

Und um wieder auf das Thema Biotopwertpunkte zurückzukommen:

Aktuell, heute liegen als Agrarfläche im Geltungsbereich dieses Bplans 10.451.056 (10, 45 Mio BWP) Biotopwertpunkte vor Ihnen,

Mit der Umsetzung des Bplans gegen die Widerstände der Landwirte (denen viele Flächen gehören) 11.144.279 BWP also 11, 14 Mio BWP – dafür der ganze Zauber? Die ganzen Kosten eines Bplan-Verfahrens? Diese Flächen sind schon Topp – da braucht es kaum diese sog Aufwertung! Dort findet das Rebhuhnprojekt statt uvm.

Plötzlich sehen sich Landwirte damit konfrontiert, dass ihre bewirtschaftete Fläche überplant wird. Wer in der letzten BUKA-Sitzung anwesend war, hat ein Lehrstück vorgeführt bekommen, wie man **als Verwaltung NICHT vorgehen sollte**.

Da saßen die Landwirte und haben einer nach dem anderen zu Protokoll gegeben, dass Flächen, die nachweislich in ihrem Eigentum stehen, plötzlich als städtische oder Stiftungsflächen ausgewiesen werden. Das ist wirklich mehr als unschön, hier wurden grösste handwerkliche Fehler gemacht. Auf diesen Flächen – den Flächen der Landwirte sollen nun Natur verbessernde Maßnahmen verfügt werden. Das schadet echtem Klima- und Naturschutz, weil es die Widerstände noch erhöht.

Ich frage mich wirklich – wer zieht so eine Planung durch, ohne einmal eine Begehung vor Ort mit den entsprechenden Landwirten gemacht zu haben und zumindest versucht zu haben, sie einzubeziehen.

Die Diskussion im BUKA ergab genau das: Es wurde zu wenig Einbindung und Transparenz im Vorfeld dieser BPlan-entwurfserstellung moniert.

Die Antwort im BUKA darauf war:

„Aber dieses Verfahren bindet sie doch dann ein...

und dann sprechen wir darüber... und dann wird etwas verändert...“

Ich kann vor dieser Art des Vorgehens nur eindringlichst warnen – Klagen könnten vorprogrammiert sein:

Aus langjähriger Erfahrung mit unzähligen Stellungnahmen hier und anderswo kann ich nur konstatieren: Es wird so gut wie nie wirklich etwas an den BPlan-Entwürfen geändert. Die Menschen oder Träger öffentlicher Belange bekommen eine feine Tabelle,

links der Text

rechts der Kommentar der Verwaltung:

„Wird zur Kenntnis genommen

Wird zur Kenntnis genommen...“

„Zur Kenntnis nehmen“ und dann wirklich etwas zu verändern... – dazwischen liegen Welten.

Ich kann das Gefühl der Landwirte verstehen, die sich mit diesem BPlan konfrontiert sehen, mit diesem Bplan kommen auch persönliche Eigentumsverhältnisse in der Gemarkung indirekt ans Tageslicht – weil – ja sie müssen sich zurecht wehren hier vereinnahmt zu werden:

Nur um ein Unternehmen zu stoppen, das dazu beitragen würde Oberursel energieautark und unabhängiger von Energiequellen aus dubiosen Staaten zu machen.

Das hier ist ein Verhinderungs-BPlan

Das ist mitnichten Klima- und Naturschutz.

Sprechen Sie mal mit Garten – und Landschaftsbauern (einige wurden ja schon vergrault und sind mitsamt ihren schönen Arbeitsplätzen nach Rosbach oder sonstwo umgezogen)

Die hätten sich sehr über einen solchen Biomassehof der kurzen Wege gefreut – aber nein – da war ja was. Die Kosten wären für ortsansässige Garten- und Landschaftsbauer und sogar für den BSO gesunken.

Nun müssen diese Betriebe bis hinter Offenbach fahren, um überhaupt den Grünschnitt entsorgen zu können.

Oberursel und die gesamte Region brauchen diesen Biomassehof.

Der Standort ist ideal – so eine Chance ergibt sich kein zweites Mal.

Die Fehde gegen den Betreiber des Biomassehofs ist eines der unwürdigsten Dinge, die ich hier in den letzten 4 Jahren erlebt habe.

Und ich frage mich: Machen wir nun Politik für die Allgemeinheit?

Oder für wen eigentlich?

Ich werde selbstverständlich diesem Pseudo Klimaschutz- und Naturschutz Bplan nicht zustimmen für die Klimaliste Oberursel.